
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

Samstag, 26. August 2023, im Kongresszentrum Biel

Vorsitz: Rebekka Wyler, Tom Cassee (Generalsekretariat SP Schweiz)

Protokoll: Pia Wildberger, Nino Breiter

Anwesend: 420 Delegierte, rund 80 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

Der gesamte Parteitag wurde live gestreamt und ist unter folgendem Link zu finden:

https://youtu.be/xN4yz2_D-Q

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Rebeka Wyler, Co-Generalsekretär:in der SP Schweiz, eröffnet.

Es folgen Grussworte von Anna Tanner, Co-Präsidentin der SP Kanton Bern, und Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel.

Anna Tanner dankt allen Personen fürs Kommen. Sie betont, dass der Einsatz aller wichtig für die Partei sei und stellt den Co-Präsidenten der SP Kanton Bern, Ueli Egger, vor. Zusammen sind sie mit voller Energie bemüht, dass Menschen gewählt werden, die sich für eine soziale Schweiz einsetzen. Sie geht auf die Armut in Biel ein und dass es für uns als Sozialdemokrat:innen einiges zu tun gibt. Die Armut, mit all ihren Folgeerscheinungen, muss durch die SP bekämpft werden. Es ist als Gesellschaft aber auch wichtig, nicht nur Lösungen zu präsentieren, sondern auch die verschiedenen Lebensrealitäten anzuerkennen. Alle sollen sich sicher und heimisch fühlen dürfen. Dafür steht Biel und bietet Raum und Platz für alle. Wir erkennen in Biel gesellschaftliche Realitäten an und akzeptieren diese. Wir ergreifen Partei für die Menschen in Armut. Auch aus Kaputtem lässt sich wieder Gutes schaffen.

Erich Fehr freut sich, so viele Menschen hier in Biel am Parteitag begrüßen zu dürfen. Es ist ein wichtiger Anlass acht Wochen vor den Wahlen, welche über die nächsten vier Jahre entscheiden. Er geht anschliessend auf die sozialdemokratische Geschichte von Biel ein. Die Stadt Biel meisterte bereits mehrmals wirtschaftliche Schwierigkeiten. In keiner anderen Schweizer Stadt hatte die SP so lange das Sagen wie in Biel. Er ist überzeugt, dass man nur zusammen und nicht gegen die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand sichern kann. Mit Wirtschaftsfeindlichkeit kommt man nicht weiter. Die Sozialwerke können nur zusammen mit der Wirtschaft gesichert und weiterentwickelt werden. Er ist überzeugt, dass die Mehrheit der Wähler:innen Gerechtigkeit und Solidarität wollen. Die Bieler:innen wissen, wie man Minderheiten fördert und integriert. Es gibt zirka 150 Nationalitäten. Die Chancengleichheit ist ein unangefochtenes Gut der Schweiz. Er ist überzeugt, dass eine Mehrheit so denkt. Der moderne Sozialstaat ist eine sozialdemokratische Errungenschaft. Ihn zu erhalten und auszubauen ist unsere historische und aktuelle Aufgabe. Er wünscht allen einen guten Parteitag.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Es wird auf das frei zugängliche WLAN und die Stromanschlüsse für die Delegierten hingewiesen. Die anwesenden Personen werden um Flexibilität gebeten bei den Sitzplätzen, da es in der letzten Woche sehr viele Nachanmeldungen gab. Eine Fotografin der SP Schweiz ist während der gesamten Dauer des Parteitages im Einsatz. Die Fotos werden von der SP Schweiz zu öffentlichen Zwecken verwendet. Weiter informiert wird über die getroffenen Schritte zur Umsetzung der Resolution vom Februar-Parteitag in Freiburg «Die SP als Partei von Feminismus und echter Gleichstellung» sowie über die Wahlkampfgadgets, die Taschen und die Traubenzucker, welche man mitnehmen kann. Das neue Buch von Roger Nordmann «Klimaschutz und Energiesicherheit» kann für einen Soli-Preis ab 12.00 Uhr gekauft werden und wird von Roger persönlich signiert. Es werden einige Ehrengäste begrüsst und die Daten für die öffentlichen Bundesrats-Hearings bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass Cédric und Mattea keine Begrüßungsrede halten werden, diese dann aber nach der kurzen Pause im Wahlkampfblock nachgeholt wird.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten.

Redner:innenliste

Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Dann gibt das Präsidium eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden, dies gilt auch für die Antragstellenden.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmezähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Stimmezähler:innen	Stellvertretungen
Marcel Colomb	Basil Brüggemann
Mohamed Abdirahim	Walter Langenegger
Manfred Aerni	Stefan Müller

Alessio Porriciello	Jamila Schäublin
Martina Leonarz	Etemi Xhelajdin
Franziska Tschirky	Livia Merz
Bachmann Walter	Matthias Vetter
Husi Walter	John Steggerda
Daniel Cattani	Christel Saura
Walter Nüesch	Otto Kümin

Beschluss des Parteitags: Die Stimmzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Politische Aktualitäten

Keine Wortmeldungen.

4. Protokoll des Parteitags vom 25. Februar 2023 in Freiburg

Das Protokoll des Parteitags vom 25. Februar 2023 in Freiburg wurde im Internet publiziert (www.spschweiz.ch/biel2023). Danke an Jessica Gauch und Lea Trogrlic fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird genehmigt.

5. Statutarische Geschäfte

Jahresrechnung 2022

Rebekka Wyler bedankt sich bei Karin Mader für das Erstellen der Jahresrechnung 2022 und die grosse Arbeit. Sie dankt auch der Revisionsstelle, namentlich Roland Laube, der nun in Pension geht – der Parteirat hat inzwischen eine neue Revisionsstelle bestimmt.

Empfehlung des Parteirats: Genehmigung der Jahresrechnung 2022.

Beschluss des Parteitags: Die Jahresrechnung 2022 wird genehmigt.

Verdankung Kommissionspräsidenten

Die heute zu verabschiedenden Präsidien der ehemaligen Fachkommissionen sind nicht anwesend. Rebekka dankt Susanne Leutenegger-Oberholzer für ihr Engagement in der Fachkommission Wirtschaft/Finanzen, Gabriela Suter für ihre Mitarbeit in der Fachkommission Umwelt/Energie, Mustafa Atici für sein Engagement in der Fachkommission Wissenschaft/Bildung/Kultur sowie Yvonne Feri für die geleistete Arbeit im Rahmen der Fachkommission Soziales/Gesundheit.

Bei Interesse an einer Mitarbeit bei den neuen Themenkommissionen kann man sich beim Sekretariat der SP Schweiz melden.

Kurzinput der Sozialdemokratischen Plattform in der Ukraine

Halyna Krasovska beschreibt die Arbeitsweise der sozialdemokratischen Plattform in ihrem Heimatland sowie deren Zugang zu Bürger:innen über das Bildungswesen.

Anastasia Nesterova ergänzt die Rede und dankt für die Unterstützung.

Bohdan Ferens bittet um Waffen und Hilfe der SP Schweiz. Die Schweiz soll die russischen Gelder auf den Bankkonten einfrieren.

Hinweis der Tagungsleitung: Die Gäste stehen den ganzen Tag für Fragen und Gespräche zur Verfügung.

7. Rede Elly Schlein, Vorsitzende des Partito Democratico (PD)

Elly Schlein überbringt die Grüsse des Partito Democratico und verweist auf die seit langem bestehende Freundschaft zwischen den beiden Parteien, die sich auch bei der Mobilisierung auszahlt. Die italienische Gemeinschaft der Schweiz verfügt darum wieder über eine Vertretung im italienischen Parlament. Elly Schlein kündigt an, die SP bis zu den Wahlen mit Aktionen zu unterstützen.

Elly Schlein blickt zurück auf die wechselvolle Geschichte der italienischen Präsenz in der Schweiz und erinnert an die Schwarzenbach-Initiative, die vielen illegalen Kinder und an die Tragödie von Mattmark. Nicht zuletzt erwähnt sie die Grenzgänger:innen, die einen grossen Beitrag für die Schweizer Wirtschaft leisten.

Elly Schlein verweist auf die Migration, die für die ganze Gesellschaft einen Gewinn darstellt, deren Akzeptanz jedoch nicht erzwungen werden kann. Auch die Klimakrise macht nicht vor der Grenze halt. Ärmere im globalen Süden sind besonders betroffen. Sie verweist auf die Klimafonds-Initiative,

die die sozialdemokratische Vision für den ökologischen Umbau darstellt. Schlein verweist ebenfalls auf die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, die angegangen werden müssen, sowie auf den wichtigen Kampf gegen Armut. Um unsere Ziele zu erreichen, muss europaweit ein gerechtes Steuersystem geschaffen werden.

Zum Schluss kommt Elly Schlein auf den Kampf der Ukraine zu sprechen. Die Sozialdemokrat:innen stehen der Ukraine bei, doch gelte es auch, innerhalb der EU die Diplomatie zu stärken, damit der Krieg beendet und Frieden geschlossen werden könne.

Elly Schlein beendet ihre Rede mit dem Wunsch, dass sich die Freundschaft zwischen den beiden Parteien vertiefen möge, und sie wünscht der SP Schweiz viel Glück für die Wahlen.

6. Lancierung und Unterstützung von Initiativen und Referenden

Unterstützung der eidgenössischen Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusionsinitiative)»

Islam Alijai dankt Alain Berset dafür, dass er die Schweiz sicher durch die Pandemie manövriert hat. Seit 20 Jahren gibt es in der Schweiz das Behindertengleichstellungsgesetz. Vor 10 Jahren unterzeichnete die Schweiz die UNO-Behindertenrechtskommission. Dennoch hat sich in der Behindertenpolitik nichts getan. Die Menschen mit Behinderungen müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Darum wurde am 27. April dieses Jahres die Eidgenössische Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen» lanciert. In der Schweiz leben rund 1,7 Mio. Menschen mit Behinderungen. Die Inklusionsinitiative fordert für all diese Menschen die tatsächliche Selbstbestimmung. Es braucht einen Wandel in der Gesellschaft, damit sich die Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz verbessern. Die Inklusionsinitiative fordert die Streichung von Art. 8 Abs. 4 der Bundesverfassung. Zudem sollen Menschen mit Behinderungen Anspruch auf echte Unterstützungsmassnahmen erheben dürfen und diese auch erhalten. Sie sollen auch das Recht haben, selbst den Wohnort sowie die Art des Wohnens auszuwählen. Islam verweist auf den kommenden nationalen Sammeltag sowie eine nationale WhatsApp-Gruppe, in der Gleichgesinnte willkommen sind.

Mattea Meyer dankt Islam für die Präsentation. Anhand eines Beispiels zeigt sie auf, wie unvorstellbar für viele ein Leben mit Behinderungen ist und wie wichtig es auch ist, von Menschen mit Behinderungen zu lernen. Sie empfiehlt die Annahme der Initiative.

Christian Gremaud: Die zirka 20 Prozent der Bevölkerung, die in der Schweiz mit Behinderungen leben, haben selten Zugang zu technischen Unterstützungstools. Wir streben eine inklusivere und sozialere Schweiz an. Obwohl die Schweiz seit 20 Jahren die Diskriminierung verbietet, ist sie das Schlusslicht in der Umsetzung der Inklusion, wie der Behindertenausschuss der UNO festgestellt hat. Das ist auch daran ersichtlich, dass es aktuell nur einen Parlamentarier mit Behinderungen gibt (niemanden von der SP!). Wir starten diese Initiative, um die tatsächliche Inklusion voranzubringen und damit Inklusion nicht eine Option bleibt, sondern zur Verpflichtung wird.

Sina Eggmann weist darauf hin, dass die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen heute teilweise vergleichbar ist mit jener von Frauen in früheren Zeiten. Was für viele selbstverständlich ist, darf für andere kein Luxus sein.

Sébastien Kessler: Inklusion bedeutet beispielsweise, dass Gespräche übersetzt werden, oder dass man einfach einen Zug nehmen kann, und dass Texte in einfacher Sprache verfügbar sind. Stossend

ist auch die unterschiedliche inklusive Beschulung von Kindern mit Behinderungen in den verschiedenen Kantonen. Auch sind Menschen mit Behinderungen kaum in Gremien vertreten. Es ist Zeit, dass auch sie gehört werden.

Laurie Willommet: Mehr als die Hälfte der 1,7 Mio. Menschen mit Behinderungen in der Schweiz sind Frauen. Diese erfahren eine doppelte Diskriminierung und erleiden zehn Mal mehr Gewalt. Darum müssen wir als SP Frauen diese Initiative unterstützen.

Empfehlung des Parteirats: Unterstützung zur Lancierung der Initiative.

Beschluss des Parteitags: Die Unterstützung der Volksinitiative wird einstimmig beschlossen.

8. Anträge, Resolutionen und Berichte

Ordnungsantrag des Präsidiums

Aufgrund der vielen Wortmeldungen beantragt Mattea Meyer, die Redezeit auf 2 Minuten zu beschränken.

Der Ordnungsantrag wird angenommen.

R-1 Themenkommission Boden/Wohnen: Sozial gerechte Wohnpolitik

Ronja Jansen und Christian Dandrès stellen die Resolution vor. Seit Juni haben Tausende von Menschen Briefen mit Mietzinserhöhungen erhalten. Die Eigentümer der Liegenschaften sind häufig Banken wie die UBS. Die Banken fordern ihre eigene Rettung und danken es der Bevölkerung mit Mietzinserhöhungen. Mit der Erhöhung der Mietzinse steigt auch die Inflation, was wiederum die Mieten erhöht - es ist ein Teufelskreis. Jährlich werden 10 Milliarden Franken zu den Eigentümer:innen umverteilt. Bei den Mieten liegt der Hebel, um die Kaufkraft im Land zu stärken. Wir konzentrieren uns auf vier Forderungen: 1. Ein Ende der illegalen Mietrenditen. Regelmässige Kontrollen. 2. Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand für Boden 3. Gegen die hängigen Vorstösse im Parlament. 4. Wir unterstützen die Initiative des Mieterverbandes. Mit der Annahme der Resolution stimmen wir über die Unterstützung der Initiative des Mieterverbandes ab.

Wortmeldungen

Claudia Friedl, Nationalrätin SG und Präsidentin des progressiven Hauseigentümer:innenverbands Casafair: Mit einem Grundbedürfnis darf kein Profit gemacht werden. Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau ist nötig. Wohnen ist ein Menschenrecht, kein Profitcenter.

Abstimmung betreffend Referendum

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Abstimmung zur Unterstützung der Initiative vom Mieter:innenverband

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Abstimmung über den restlichen Text der Resolution

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-2 Baptiste Hurni: Lancierung einer Initiative für eine öffentliche und soziale Krankenkasse

Baptiste Hurni, Nationalrat NE, stellt die Resolution vor. Die Löhne der Chefärzte und Krankenkassen-Chefs sind enorm. Solche Löhne sind nur möglich, weil das System versagt. Wir alle bezahlen diese Löhne. Die Prämientlastungsinitiative und der Gegenvorschlag reichen nicht aus. Ergreifen wir daher die Initiative und erneuern wir die Idee einer öffentlichen und sozialen Krankenkasse.

Es folgen Wortmeldungen von Florian Schweri, Parteirat, und Bruno Storni, Nationalrat TI.

Für das Präsidium spricht Mattea Meyer: Wir haben ein Kaufkraftproblem. Gerade bei der Krankenkassenprämien ist die Kopfprämie höchst ungerecht. Bei der Einführung des KVG wurde aus diesem Grund die Prämienverbilligung eingeführt. Heute bezahlen aber insgesamt neun Kantone weniger Prämienverbilligungen als vor zehn Jahren. Der Lobbyismus ist ebenfalls ein grosses Problem. Es muss Schluss sein mit dem irrsinnigen Wettbewerb bei den Krankenkassen. Nach der Abstimmung über die Prämientlastungsinitiative werden wir die entsprechenden Gespräche führen.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-3 Mirjam Hostetmann und andere: Lehrstellen in der Schweiz: Faire Löhne und Arbeitsbedingungen statt Ausbeutung

Nicola Siegrist stellt die Resolution vor und zeigt anhand von Beispielen aus einer Online-Umfrage auf, wie schlecht die Bedingungen bei Lehrstellen sind. Die Lernenden werden oft als billige Arbeitskraft eingesetzt. Es werden deshalb eine bessere Betreuung für Lernende, mehr Geld und Kompetenzen für die Aufsichtsorgane in den Kantonen sowie ein Mindestlohn von 1'000 Franken im ersten Lehrjahr gefordert.

Patrick Kasiala: Die Einführung eines Mindestlohnes von 1'000 Franken führt zu Mehrkosten von 70 Prozent für einen Betrieb. Die Eltern haben zudem eine Sorgfaltspflicht bis zum 18 Lebensjahr bzw. dem Abschluss der Erstausbildung. Der Bund und die Kantone müssen die Organe stärken. Er empfiehlt zur modifizierten Annahme.

Für das Präsidium spricht David Roth: Er fokussiert auf den Lehrlingslohn. Ausbildung und Weiterbildung sind ein Recht und eine Pflicht in unserer Gesellschaft. Die Schweiz und die Wirtschaft sind stolz auf das duale Bildungssystem. Die Wirtschaft zieht zudem einen Nettonutzen aus den Lehrverhältnissen. Gerade kleine Betriebe ziehen am meisten Nutzen aus den Lehrverhältnissen.

Die modifizierte Annahme wird abgelehnt.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Kurzinput Progressive Alliance

Grusswort von Machris Cabrerros: Sie stellt sich als neue Koordinatorin der Progressive Alliance vor, die 113 sozialdemokratische Parteien und Gruppierungen weltweit vereint. Wir setzen uns gemeinsam ein für Klimaschutz, Gleichstellung und Gerechtigkeit und unterstützen den Kampf gegen steigende Lebenshaltungskosten. Wir setzen uns ein für Freiheit und Gleichstellung auch in Ländern, die totalitär oder autoritär regiert werden. Bei gemeinsamen Problemen suchen wir nach Lösungen aufgrund unserer gemeinsamen Werte. Dabei sind viele Probleme struktureller Natur. Zusammen finden wir Lösungen und machen die Welt zu einem besseren Ort. Sie wünscht alles Gute für die Wahlen.

Fabian Molina dankt für die ermutigenden Worte. Er freut sich auf die kommende gemeinsame Zusammenarbeit.

A-4 Stéphane Maffli: Waffenlieferungen in die Ukraine

Stéphane Maffli stellt den Text vor. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine entspricht einem Krieg des Totalitarismus gegen die Demokratie. Das erste Opfer ist das ukrainische Volk, das unterstützt werden muss. Maffli fordert daher, den Antrag vollständig zu unterstützen.

Jana Kürzi: Die Sanktionen reichen nicht aus, es braucht unsere aktive Unterstützung bei der Bekämpfung der Geschäfte russischer Konzerne in der Schweiz. Die grossen Profite vieler Rohstofffirmen zeigen, dass die Schweiz nach wie vor ein Handelsplatz für russische Rohstoffe ist. Der Finanzplatz muss zur Verantwortung gezogen werden. Die Diskussion für die Lieferung von Waffen ist verständlich, jedoch zu wenig weit gedacht.

Andrej Markovic: Die Neutralität abzuschaffen wäre keine Befreiung. Er verlangt daher, den Antrag auch in der modifizierten Version abzulehnen.

Noëmi Holtz: Die gute Absicht des Antrags ist unbestritten, doch darf die Schweiz angesichts des Angriffskriegs nicht neutral bleiben. Für den Kampf werden nicht bloss Waffen benötigt, sondern auch anderes, wobei Möglichkeiten zur Hilfe bestehen (Therapeuten, Nahrung etc.). Holtz verlangt zwei Mal Nein.

Thomas Bruchez: Verlangt die Ablehnung des nicht vollständig durchdachten Antrags.

Günter Baigger: Natürlich gibt es ein Recht auf Notwehr. Mit jeder Waffenlieferung steigen jedoch die atomaren Risiken. Es bleibt nur der Verhandlungsweg. Der vorliegende Antrag geht in die falsche Richtung. Er empfiehlt die Ablehnung des ursprünglichen Antrags sowie der modifizierten Version.

Fabian Molina: Aus historischen Vergleichen kann man lernen, dass Kapitulation und ein ungerechter Friede keine Lösungen darstellen. Zu behaupten, dass die Ukraine sich ohne Waffen verteidigen könne, ist naiv. Er bittet, die modifizierte Version anzunehmen.

Andreas Burckhardt: Wollen wir wirklich, dass wir später gefragt werden, warum wir so sehr an unserer Pseudoneutralität festhalten und Russland unterstützen? Er bittet um Annahme der ursprünglichen Fassung.

Priska Seiler Graf: Die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren. Dennoch bittet sie um modifizierte Annahme. Wir sollten stets auf der Seite des Völkerrechts stehen. Wir dürfen keine Waffen direkt verkaufen, doch ist es notwendig, diese indirekt zu verkaufen. Es braucht eine Änderung des Waffengesetzes, um den indirekten Verkauf von Waffen zu ermöglichen, wobei dies bloss eine von vielen Möglichkeiten darstellt, die Ukraine zu unterstützen. Sie bittet, den Antrag in der modifizierten Version anzunehmen.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Der Antrag wird teilweise zur Annahme empfohlen: Derjenige Teil, der die gewählten Bundesparlamentarier:innen auffordert, sich für eine Gesetzesänderung einzusetzen, welche die Bewilligung der Wiederausfuhr anderer Länder (wie Deutschland, Dänemark oder Spanien) von ehemals Schweizer Kriegsmaterial an die Ukraine erlauben soll, wird zur Annahme empfohlen. Derjenige Teil hingegen, welcher den parlamentarischen Einsatz für *direkte* Waffenlieferungen der Schweiz an die Ukraine fordert, wird zur Ablehnung empfohlen.

Beschluss des Parteitags: Modifizierte Annahme.

R-5 des Präsidiums: Solidarische und humane Asylpolitik

Céline Widmer, Nationalrätin ZH, stellt die Resolution vor. Es ist billigster Wahlkampf der SVP, wonach zu viele und die Falschen kommen würden. Die SVP schürt Hass und Hetze gegen Geflüchtete. Dies ist der humanitären Tradition der Schweiz unwürdig. Die SVP will sogar das Asylverfahren ins Ausland verschieben. Dies verstösst gegen die UN-Konvention. Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht. Die Behauptung der SVP, es herrsche ein Asylchaos, ist despektierlich gegenüber Erst-Asyl-Ländern, und sie ist grundfalsch. Doch genau das will die SVP. Damit schwächt sie das System. Wir Sozialdemokrat:innen verteidigen das Recht auf Asyl gegen rechte Hetze. Das Problem ist, dass sichere und legale Fluchtrouten fehlen und Tausende im Mittelmeer ertrinken. Eine andere Asylpolitik ist möglich. Das zeigt sich auch im Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine. Unsere Forderungen: Wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen – da geht es zum Beispiel um Friedenspolitik und Massnahmen gegen den Klimawandel. Wir brauchen dringend legale Fluchtrouten. Die Asylpolitik in der Schweiz, insbesondere der Status der vorläufigen Aufnahme, muss verbessert werden. Der Hetze der SVP müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

Es folgen Wortmeldungen von Anastasija Petrusic, JUSO sowie Anna Miotto, JUSO

Für das Präsidium spricht Cédric Wermuth: Wir teilen die Kritik an der europäischen Migrationspolitik. Wir haben mit Elisabeth Baume-Schneider eine Asylministerin, die glaubwürdig aufzeigt, was geschehen muss. Wir brauchen anständige Unterkünfte. Der Ständerat lehnte den Kompromiss ab, denn die Rechte will das Asylchaos. Wir unterstützen die Politik von Elisabeth Baume-Schneider mit dieser Resolution.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-6 Mirjam Hostetmann und andere: Ni una Menos – Für einen konsequenten Kampf gegen Feminizide!

Mirja Hostetmann stellt die Resolution vor. Bis heute wurden allein in der Schweiz in diesem Jahr bereits 12 Frauen wegen ihres Geschlechts ermordet. Im Schnitt wird jede zweite Woche eine Frau von einem Mann aus dem familiären Umfeld ermordet. Der Staat unternimmt zu wenig, um die Frauen zu schützen. Frauen- und Schutzhäuser sind knapp. Die SP muss sich daher für die sofortige und konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention einsetzen.

Für das Präsidium hält Martine Docourt, Co-Präsidentin der SP Frauen, das Schlusswort. Der Grund für die Gewalt gegen Frauen liegt im Patriarchat. Wir müssen mehr in die Gewaltprävention investieren. Die öffentliche Hand muss entsprechende Kampagnen führen und die Opfer von Gewalt unterstützen und schützen. Die Ausbildung der Betreuenden der Opfer muss ebenfalls verbessert werden.

Wer Gewalt meldet, verdient Schutz. Alle Vorschläge zur Verbesserung der Situation scheitern auf allen Ebenen an den Finanzen. Darum: Ni una menos!

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

R-7 Reto Barblan: Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten gegen die Republik Kuba.

Reto Barblan stellt die Resolution vor: Die Zürcher und Basler Banken blockieren Zahlungen, und Nichtregierungsorganisationen wird ein Berufsverbot auferlegt. Banken dürfen jedoch ohne Grundlage kein Finanzembargo durchführen. Er plädiert daher für die Annahme der Resolution.

Für das Präsidium hält Fabian Molina das Schlusswort: Er bittet um Annahme. Die illegale Wirtschaftsblockade dauert schon Jahrzehnte an. Die Bevölkerung Kubas leidet darunter massiv.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-1 Sektion Uster: Kinder haben Anrecht auf eine gesunde Entwicklung, deshalb: Schutz der Kinder vor digitalen Medien (aktualisierte Version)

Patricia Bernet stellt den Antrag der Sektion SP Uster vor. Das Handy ist heute nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken, doch die damit verbundenen Verhaltensweisen haben negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder und führen zu Defiziten in der Hirnentwicklung und zu Schlafstörungen. Sie plädiert dafür, die Eltern in diesem erzieherischen Bereich zu stärken. Der Antrag wurde aufgrund der Feedbacks der Parteileitung angepasst.

Marcel Colomb und Leonie Schubiger: Beide verlangen die Ablehnung des Antrags, da sie um den Anschluss an die digitale Entwicklung fürchten. Kinder sollen den gesunden und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Geräten lernen können und müssen.

Ali Özcan: Ruft zur Prävention auf und bittet um Unterstützung für den modifizierte Antrag.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme der aktualisierten Version.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung.

A-2 Sektion SP Biel Madretsch

Adrian Zimmermann stellt den Antrag zur Demokratisierung der Wirtschaft vor und wehrt sich gegen die Streichungsvorschläge des Präsidiums und des Parteirats, wonach die Passagen «öffentliche Organisation des Kredits» und der Verweis auf die Kriegswirtschaft zu streichen seien.

Für das Präsidium erhält Samuel Bendahan das Schlusswort.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die SP Schweiz unterstützt die Stossrichtung des Antrags. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eines der Kernanliegen der Partei. Seit 2011 setzt sich eine eigens dafür gegründete Arbeitsgruppe (AG Wirtschaftsdemokratie) dafür ein, Bausteine für eine Transformation der Wirtschaft hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu liefern und damit konkrete Wege zur Konkretisierung einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise vorzuzeichnen. In diesem Sinn unterstützen wir die beiden Forderungen des Antrags mit Nachdruck, schlagen aber

vor, zwecks Klarheit und Stringenz des Antrags auf die beiden jeweils nachfolgenden Sätze zu verzichten. So wird in Punkt 1 nicht deutlich, was mit einer öffentlichen Organisation des Kredits gemeint sein soll – soll nur noch die SNB Kredite vergeben? Was ist mit anderen Formen der Kreditschöpfung etc.? Ebenso scheint die Referenz auf eine Kriegswirtschaft wenig dienlich zu sein, wenn es um die Konkretisierung einer Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft geht.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag in der ursprünglichen Fassung wird abgelehnt, und die modifizierte Version wird angenommen.

A-3 Matthias Vetter und andere: Positionierung zu KI

Matthias Vetter stellt den Antrag vor. Die Auswirkungen von KI auf unsere Demokratie und das Zusammenleben in der Schweiz spielen eine immer grössere Rolle. Die Chancen sind gross, auch die Herausforderungen. Diese können unsere Demokratie bedrohen, denn KI kann dazu verwendet werden, Informationen zu manipulieren und die öffentliche Meinung und beispielsweise Wahlen zu beeinflussen. Es liegt in unserer Verantwortung sicherzustellen, dass unsere demokratischen Prozesse frei von solchen Einflüssen bleiben. Die soziale Gerechtigkeit kann ebenfalls bedroht sein, denn KI verstärkt bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft. Wir dürfen auch die drohenden Arbeitsplatzverluste nicht ausser Acht lassen. Der technologische Fortschritt muss im Einklang mit unseren Werten stehen. Wir müssen präventiv Massnahmen ergreifen und für Transparenz sorgen, damit der Einsatz von KI verantwortungsvoll geschieht.

Es folgen Wortmeldungen von Marcel Colomb, Parteirat. Er verlangt die Streichung von Punkt 5, da die digitale Souveränität der Schweiz nicht gewährleistet werden könne.

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

Bericht AG Wirtschaftsdemokratie

Tom Cassee verzichtet aus Zeitgründen auf detaillierte Ausführungen zum Bericht, dessen Lektüre sehr empfohlen wird.

Diverses

Bevor es in der Pause für alle Glace gibt, weist Cédric Wermuth nochmals darauf hin, dass man Roger Nordmanns Buch im Foyer kaufen kann, wo er dieses auch signiert.

Wir ergreifen Partei für eine soziale Schweiz!

Auftakt der heissen Wahlkampfphase

Kurzvorstellung

David Roth und Valérie Piller Carrard stellen im Namen des Präsidiums die Wahlkampagne vor.

Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider beginnt ihre Rede mit einem Verweis auf die Bundesverfassung: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl des Schwachen.» Dies ist auch heute hochaktuell. Wir wollen eine Schweiz, die allen Schutz bietet, die ihn benötigen. Wir wollen eine Schweiz, die alle an der Gesellschaft teilhaben lässt. Manchmal stellt sich beim Medienkonsum das Gefühl ein, dass in der Schweiz alles ausser Kontrolle geraten sei. Doch die Schweiz geht die Herausforderungen, die sich bei Geflüchteten stellen, ruhig, besonnen und konstruktiv an. Es besteht weder eine Überforderung noch herrscht Chaos. Aktuell leben 65'000 Menschen mit Status S bei uns. In ganz Europa zählt man 8 Millionen Geflüchtete. Der Krieg hat unermessliches Leid über die Ukraine gebracht, aber auch eine überwältigende Solidarität ausgelöst. Solidarität ist ein Wert, der uns als Bürger:innen und als gesamte Gesellschaft stärkt und uns verbindet. Doch wir müssen nicht nur die Herausforderungen im Inland lösen. Die Schweiz trägt auch international Verantwortung, beispielsweise im Mittelmeer. Die Solidarität, die sich aktuell eindrücklich im Umgang mit Geflüchteten zeigt, wird sich in der Schweiz auch bei den Wahlen bemerkbar machen.

Letztes Jahr sind 25 Menschen durch häusliche Gewalt gestorben, darunter 5 Kinder. Diese Situation ist inakzeptabel. Wir müssen daher entschieden die Prävention und den Schutz der Opfer stärken und das revidierte Sexualstrafrecht rasch in Kraft setzen.

Noch immer verdienen Frauen 18 Prozent weniger als Männer. Der Verlust der Kaufkraft trifft Frauen doppelt, weil sie weniger verdienen und dann auf Unterstützung angewiesen sind. Das ist die bittere Realität. Der Schutz der Schwächsten muss jedoch nicht nur Frauen, sondern besonders auch den Kindern gelten.

Sie bedankt sich für die Zeit mit Alain Berset im Bundesrat und dankt auch den anderen Kämpfer:innen bei der SP Schweiz.

Es folgt ein Video.

Rede Tamara Funciello

Tamara Funciello verweist auf den feministischen Streik, an dem 300'000 Menschen am 14. Juni auf den Strassen in der Schweiz demonstrierten. Wir haben die Schweiz violett eingefärbt. Wir stören, bis all unsere Arbeit anerkannt wird, denn ohne uns Frauen gäbe es diese Gesellschaft nicht. Wir kämpfen, bis wir hingehen können, wo wir wollen, bis wir anziehen können, was wir wollen, bis gleicher Lohn für gleiche Arbeit endlich Realität ist. Bei uns in der SP wird Gleichstellung gelebt. Wir sind die Gleichstellungspartei. Wir werden die Partei der 4-Tage-Woche und der bezahlbaren Kitas sein. Wir werden die Gesellschaft gestalten.

Es folgt ein Video zu den Problematiken, Herausforderungen und Lösungsansätzen der Klimakrise mit Jon Pult.

Interview Roger Nordmann

Valerie Piller: Woher kommen die Emissionen in der Schweiz?

80 Prozent kommen aus fossilen Energieträgern. Hier müssen wir ansetzen.

Weshalb sollen wir jetzt investieren?

Unsere Grosseltern haben die Energie-Infrastruktur aufgebaut, und seit 40 Jahren wird in diesem Bereich kaum noch investiert. Damals wurden 4 Prozent des BIP für die Energieerzeugung eingesetzt. Genau diesen Ansatz müssen wir weiterverfolgen.

Was macht Deutschland besser als wir?

Die erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) werden in Deutschland viel besser gefördert. Wir müssen hier ansetzen, hier liegt auch in der Schweiz viel Potenzial.

Mit der Klimafonds-Initiative schlagen wir vor, dass gewisse Investitionen vollständig und andere anteilig finanziert werden und so weitere Investitionen ausgelöst werden. Wichtig sind die Ausbildung und der Lohn, der während der Ausbildung bezahlt wird. Etwa zwei Prozent der Bevölkerung müssen in diesen Bereichen tätig werden, und über diese Fachleute verfügen wir heute noch nicht. Damit sich Menschen in diesen Berufen ausbilden können, muss die Ausbildung besser bezahlt werden.

Rede Bundespräsident Alain Berset

Vernunft wird in der Schweiz erwartet, erst recht von Bundesräten. Man darf sich nicht aufregen. Ich rege mich jedoch über die Gesundheitspolitik auf. Reformprojekte werden auf die lange Bank geschoben. Das Kartell funktioniert so: Wenn die Kosten gesenkt werden sollen, wehren sich jene, die davon betroffen wären, und die übrigen schweigen. Das Kostendämpfungsprogramm des Bundesrats wurde zerzaust, nur wenig konnte umgesetzt werden. Darum werden die Prämien im Herbst einmal mehr steigen, obwohl es dank den Massnahmen des Bundesrates gelang, die Prämien lange Jahre stabil zu halten. Bisher musste der Leistungskatalog nicht angetastet werden, auch nicht die Franchise. Das ist nicht selbstverständlich.

Status Quo finden all jene gut, bei denen sich nichts ändert. Es braucht die Überzeugung, dass sich die Verhältnisse verbessern lassen. Dass die Gesellschaft fairer werden kann und auch Menschen mit wenig Geld Zugang zum Gesundheitssystem, zu sozialer Sicherheit, zu Bildung und zum Arbeitsmarkt haben. Der Fortschritt existiert, etwa beim Vaterschaftsurlaub oder bei den Kita-Plätzen, bei der Überbrückungsrente und der IV-Reform.

Die aktuelle Kaufkraftkrise ist spürbar. Mieten und Krankenkassenprämien steigen. Auch die globale Ungleichheit wächst weiter. Jede Krise hat die Tendenz, die Ungleichheiten zu verstärken. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie ist das gefährlich. Wir müssen soziale Sicherheit schaffen und Reformen vorantreiben.

Am 22. Oktober sind Wahlen, das ist unsere grosse Chance. In den kommenden zwei Monaten bieten sich unzählige Chancen. Zeigen wir mit ehrlicher politischer Arbeit, was wir besser machen wollen. Bleiben wir optimistisch und engagiert.

Es folgt ein Video mit Jacqueline Badran, in welchem sie auf die Problematik der steigenden Mietzinse, den grössten Posten der Haushaltsbudgets, eingeht sowie Lösungsansätze zur Bekämpfung des Kaufkraft-Killers Nummer 1 aufzeigt.

Es wird auf die Kaufkraft-Demo der Gewerkschaften vom 16. September 2023 in Bern hingewiesen.

Rede Samuel Bendahan

Wir wissen, was zu tun ist, und wir können es tun. Die Einkommensunterschiede sind skandalös. Die Reichen werden immer reicher. Auch multinationale Konzerne profitieren, nicht zuletzt von Steuer-senkungen, während die Kaufkraft der einzelnen Person sinkt. Kaufkraft bedeutet letztlich Freiheit und Leben. Und wir sind die Partei, die diese Werte verteidigen.

Schlussrede des Co-Präsidiums der SP Schweiz, Mattea Meyer und Cédric Wermuth

Cédric zeigt am Beispiel seiner Töchter auf, wie absurd das Patriarchat ist und auf welche Errungenschaften die SP im Bereich Gleichstellung zurückblicken kann.

Mattea ruft zum Kampf gegen Armut und die Klimakrise auf. Im Herbst entscheidet sich, ob wir dem drohenden Rechtsrutsch entgegenhalten können. Im Endspurt vor den Wahlen wollen wir dafür sorgen, dass die soziale Schweiz gewinnt. Sie dankt allen Involvierten.

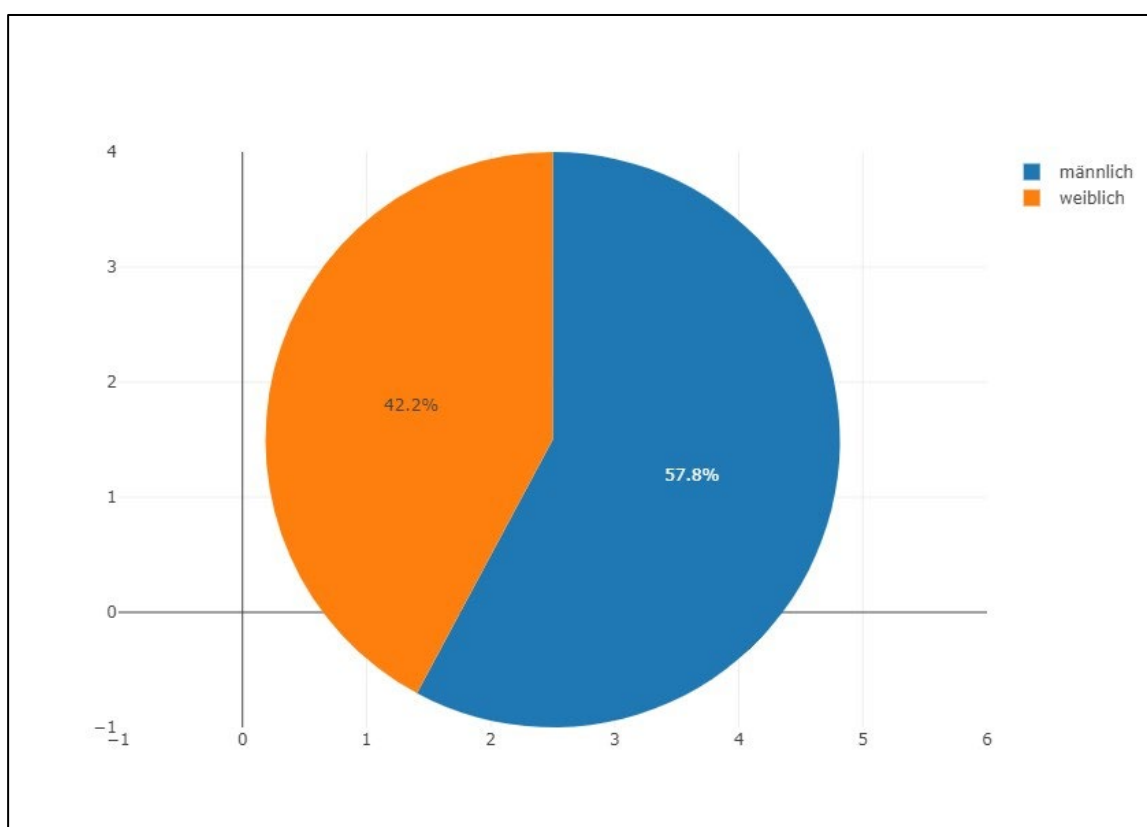
David und Valérie danken der Stadt Biel für die finanzielle Unterstützung. Des Weiteren danken sie den Übersetzer:innen, Stefan Merki von der Technikfirma X-Light und seinem Team sowie dem Zentralsekretariat für die grosse Arbeit und allen Delegierten und Gästen für ihr Kommen.

Bevor es zum Apéro geht, wird die «Internationale» gesungen.

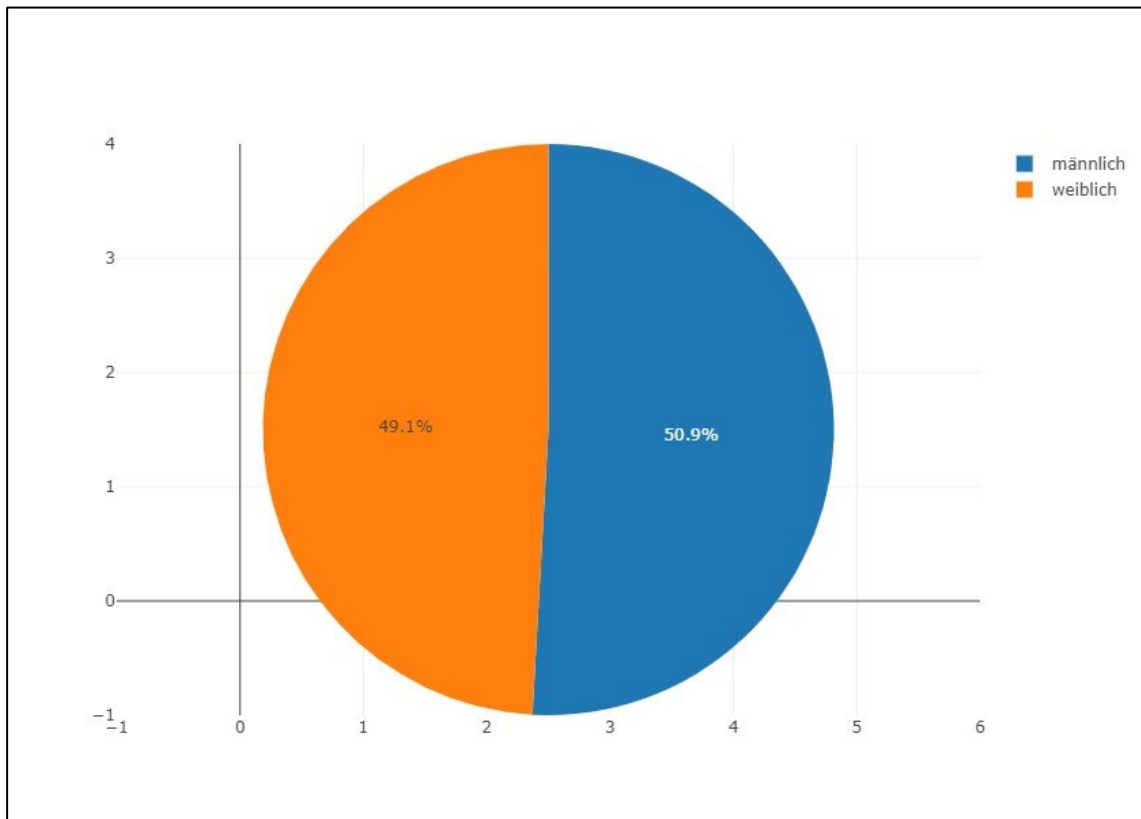
Gender Watch Protokoll

	Delegierte (eingescheckt)	Gäst:innen (eingescheckt)	Total (eingescheckt)	Total in %
Männer	229	33	262	54.5%
Frauen	182	31	213	44.3%
Non-Binär	4	2	6	1.2%
Total	415	66	481	100%

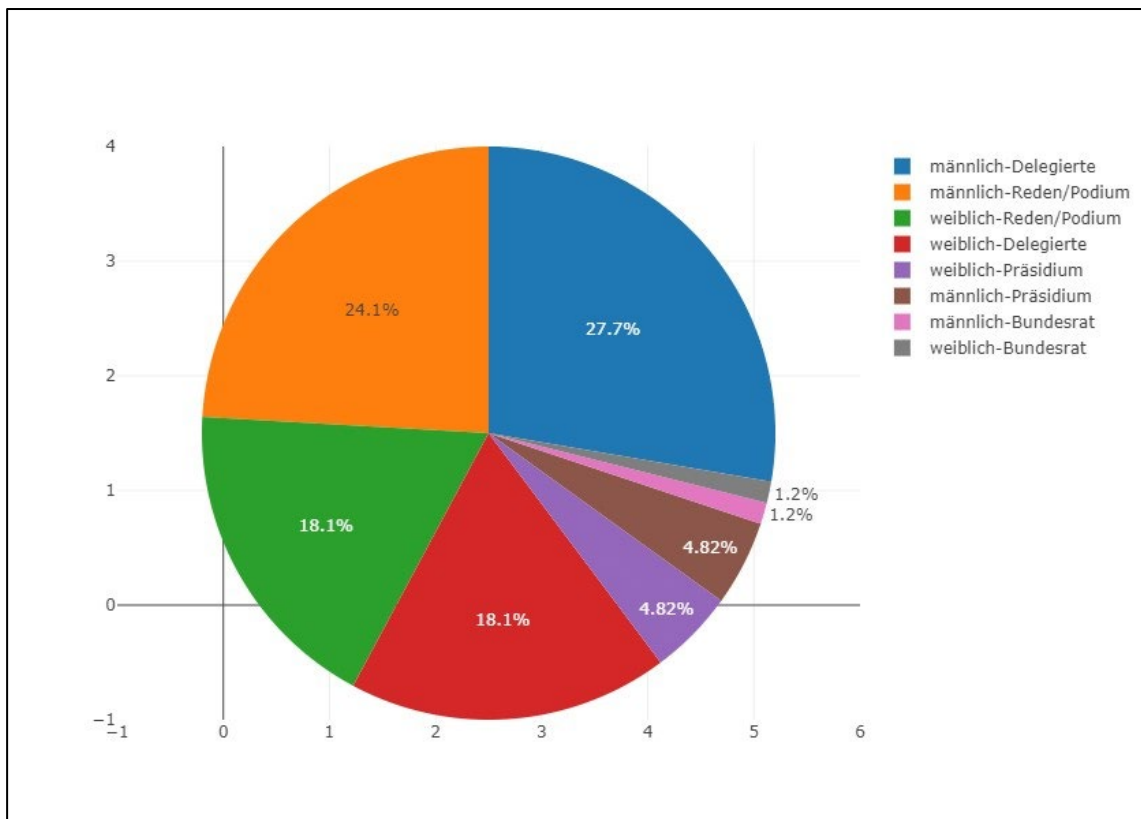
Anzahl Wortmeldungen nach Geschlecht



Wortmeldungen nach Dauer und Geschlecht



Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen und Geschlecht



Wortmeldungen verschiedener Render:innen-Gruppen

